



http://www.cdu-landtag.de



Fraktionskurrier

Anzeige

Ausgabe

September 2016



Mike Mohring
CDU-Fraktionsvorsitzender

CDU-FRAKTION

Abenteuerlich

Gesetz und Recht sind das Rückgrat des Rechtsstaats. Der Justizminister ist in besonderer Weise für die Rechtsordnung verantwortlich. Auch deshalb ist skandalös, was sich Thüringens Justizminister Dieter Lauinger geleistet hat. Er schaltete die Bildungsministerin und den Chef der Staatskanzlei ein, um eine Befreiung seines Sohnes von der besonderen Leistungsfeststellung zu erreichen, die alle Gymnasiasten am Ende des 10. Schuljahres schreiben müssen.

Hintergrund war ein dreimonatiger Auslandsaufenthalt seines Sohns zur Prüfungszeit. Die Schule hatte diese Befreiung fälschlicherweise ausgesprochen, das Bildungsministerium sie dann aber widerrufen. Denn sie war schlicht rechtswidrig. Ein Angebot, die Prüfung nach dem Auslandsaufenthalt nachzuschreiben, wies der Justizminister zurück und bestand auf Vertrauensschutz für diesen Verstoß gegen das Schulrecht. Am Ende entschied die Bildungsministerin höchstpersönlich, assistiert durch die Staatskanzlei, die rechtswidrige Entscheidung auch noch in das Versetzungszeugnis zu schreiben.

Zu seiner Verteidigung belog Lauinger mehrfach die Öffentlichkeit und kürzte in einer Presseinformation die Sätze aus einer Verordnung, die zeigten, dass er im Unrecht war. Sie finden das abenteuerlich? Ich auch. Und deshalb verstehe ich nicht, dass Herr Lauinger noch immer Justizminister ist.



Bodo Ramelow in Saalfeld

Foto: picture alliance / dpa

Positionen Bodo Ramelow zur Flüchtlingskrise und Integration:

Begrüßung von Flüchtlingen in Saalfeld als schönster Tag seines Lebens [5.9.2015]

2000 Flüchtlinge aus Idomeni sollen in Thüringen aufgenommen werden [26.3.2016]

Jede einzelne Abschiebung empfindet der LINKEN-Politiker als Niederlage [27.5.2016]

Flüchtlinge als Katalysator für ein neues Leitbild Thüringens [23.6.2016]

Die Integration von 1,1 Millionen Flüchtlingen ist nicht zu schaffen [14.8.2016]

200.000 Illegale sollen registriert und integriert werden [21.8.2016]

Jedes hier geborene Flüchtlingskind soll den deutschen Pass bekommen [21.8.2016]

Ramelow schafft noch mehr Gründe für eine Flucht nach Deutschland

„Den deutschen Pass darf nur bekommen, wer voll integriert ist und in ungeteilter Loyalität zur Bundesrepublik Deutschland steht.“ Das hat der migrationspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Christian Herrgott, in einer Aktuellen Stunde im Thüringer Landtag gesagt. Die CDU wendet sich damit gegen einen Vorstoß des Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow, allen in Deutschland geborenen Flüchtlingskindern die deut-

sche Staatsangehörigkeit zu verleihen. Herrgott hält auch nichts von Ramelows Idee, allen Flüchtlingen ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht zu gewähren, die bisher illegal und ohne Papiere in Deutschland leben. „Wer deutsche Pässe und Aufenthaltsrechte so verschleudern will, braucht sich nicht wundern, wenn Deutschland als Zielland für Flüchtlinge noch attraktiver wird“, so der Migrationspolitiker. Der CDU-Politiker ging auch auf Distanz

zur Ausweitung doppelter Staatsangehörigkeiten, die mit dem Vorstoß Ramelows verbunden sind. „Es ist vielen Menschen kürzlich zu Recht übel aufgestoßen, dass die türkische Innenpolitik auf deutschen Plätzen ausgehandelt wurde und viele Deutschtürken in Herrn Erdogan statt Herrn Gauck ihren Präsidenten sehen“, so Herrgott. Niemand werde daran gehindert, seine Herkunftskultur zu pflegen, „doch bei der Staatsangehörigkeit ist eine

klare Entscheidung notwendig und zumutbar“, sagte der Landtagsabgeordnete. Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag fordert, dass der deutsche Pass grundsätzlich erst am Ende eines erfolgreichen Integrationsprozesses steht. Der setze ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht voraus. „Solange das nicht gegeben ist, brauchen wir über die Staatsangehörigkeit nicht reden. Weder bei Eltern, noch bei Kindern“, so Herrgott abschließend.

Protest gegen Gebietsreform



Eine Bürgerin unterschreibt in Bad Berka für das Volksbegehren.

„Die Freiwilligkeitsphase der Gebietsreform hat allein schon aufgrund der knappen Zeit bis Oktober 2017 ihren Namen nicht verdient. Die Krönung ist aber, dass nun letztlich der Innenminister entscheidet,

welche Fusionspläne von Gemeinden ihm in den Kram passen und somit genehmigungsfähig sind.“ Das hat der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Volker Emde, anlässlich der mit fast zwei Monaten Verspätung veröffentlichten Anwendungshinweise für Gemeindefusionen erklärt. Die Quittung erhalte die Landesregierung nun in Gestalt des Volksbegehrens des Vereins „Selbstverwaltung für Thüringen“. In wenigen Tagen unterschrieben bereits hunderte Bürger gegen die Gebietsreform. Noch bis Ende September ist Zeit, um 5000 Unterschriften für die erste Stufe des Verfahrens zu sammeln. Die Abgeordneten der CDU-Fraktion unterstützen die Unterschriftensammlung vor Ort.

Überforderte Bildungsministerin



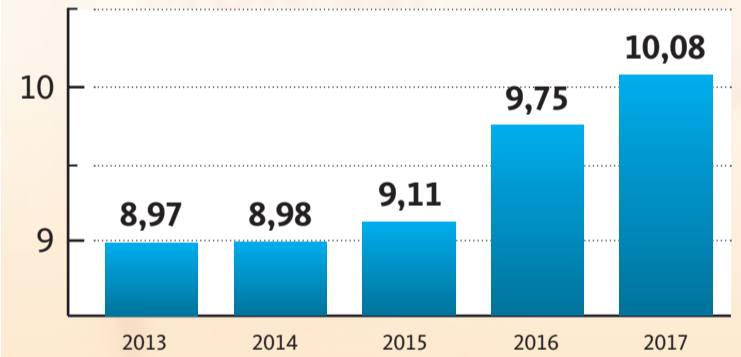
Neue Verwaltungsvorschrift: Viele Klassenfahrten stehen auf der Kippe.

Bildungsministerin Birgit Klaubert gelingt es auch zu Beginn des neuen Schuljahres nicht, den Eindruck der Überforderung abzuschütteln: „Zu Lehrermangel, Beförderungsmurks, Hort-Chaos, hohen Gebühren

bei Spezialgymnasien und dem fehlenden beitragsfreien Kita-Jahr kommen nun auch noch die Lauinger-Affäre und immer neue Widersprüche bei den Klassenfahrten“, erklärte der bildungspolitische Sprecher Christian Tischner. „Gelingt es der Ministerin nicht schnell, eine verlässliche Regelung für die zahlreichen geplanten klassenübergreifenden Chor- und Skilager zu schaffen, fallen diese aus und jahrelange Schul-Traditionen werden zerstört“, so Tischner. Davor hatte die Ministerin mit Aussagen zu einer von MDR Jump verlostten Freizeit-Fahrt für Verwirrung gesorgt, in der Klaubert kein Problem sieht, obwohl sie in klarem Widerspruch zu einer gerade erst von ihr erlassenen Verwaltungsvorschrift steht.

Gewaltiger Fehlbetrag bis 2020

VOLUMEN DES LANDESHAUSHALTS IN MILLIARDEN EURO



2013-2015 Ist-Ausgaben / 2016-2017 Haushaltsplan

Windräder gefährden bedrohte Arten

Mit dem rücksichtslosen Ausbau der Windenergie sorgt das nächste ideologiegetriebene Projekt von Rot-Rot-Grün für Negativ-Schlagzeilen. Es häufen sich Meldungen, wonach Brut- und Nistplätze geschützter Vogelarten in für Windräder ausgewiesenen Gebieten gezielt zerstört werden, um den Bau der Anlagen nicht zu gefährden – zuletzt traf es ein Schwarzstorch-Pärchen in Kraftsdorf bei Gera. „Auch der Kenntnisstand zur Zahl

der sogenannten Schlagopfer unter den lokalen Vorkommen bedrohter Arten wie Schwarzstorch, Uhu oder Rotmilan ist derzeit mit ‚lückenhaft‘ noch freundlich umschrieben“, erklärte die umweltpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Christina Tasch. Dem und der angemessenen Berücksichtigung von Abstandsempfehlungen für Windkraftanlagen geht die CDU-Fraktion nun mit mehreren parlamentarischen Anfragen auf den Grund.

Härtere Strafen für Einbrecher

Die CDU-Fraktion fordert schärfere Strafen für Einbrecher und hat entsprechende parlamentarische Initiativen angekündigt. „Angesichts der wachsenden Zahl von Wohnungseinbrüchen treten wir für eine stärkere Abschreckung von Straftätern ein. Die psychischen Folgen von Einbrüchen sind oft gravierender als der materielle Verlust, denn viele Einbruchopfer werden auf Dauer traumatisiert“, sagte der CDU-Innenpolitiker Raymond

Walk. Die Fraktion werde sich deshalb dafür einsetzen, den einschlägigen Paragraphen im Strafgesetzbuch so zu ändern, dass es keine sogenannten minder schweren Fälle des Wohnungseinbruchs mehr gibt. Wird die entsprechende Bestimmung gestrichen, beträgt die Mindeststrafe in jedem Fall sechs Monate. Die Höchststrafe läge dann bei zehn Jahren. „Einbrecher müssen wissen, dass sie härter bestraft werden“, so Walk.

Volksentscheide über Landtagsgesetze

In Thüringen sollen die Bürger das letzte Wort über Gesetze erhalten. Die der Landtag beschlossen hat, 50 000 Wahlberechtigte sollen künftig innerhalb von 100 Tagen einen Volksentscheid über derartige Gesetze verlangen können. Eine entsprechende Änderung der Thüringer Landesverfassung für dieses so genannte fakultative Referendum hat die CDU-Fraktion bereits im Juni beantragt. In dieser Woche legte die Union dem Land-



Die Möglichkeit eines fakultativen Referendums soll zu mehr Sorgfalt und möglichst guten Gesetzen des Thüringer Landtags führen.

tag nun ein Durchführungsgesetz vor, in dem die Einzelheiten geregelt werden. Neu darin: Wenn klar ist, dass es zum Volksentscheid kommt, soll der Landtag zusätzlich zum angefochtenen Gesetz eine überarbeitete Fassung mit zur

Abstimmung stellen können. „Es geht nicht um Blockaden, sondern um möglichst gute Gesetze. Der Landtag kann so bereits vor einem Volksentscheid Einwände der Bürger aufnehmen“, erklärte CDU-Fraktionschef Mike Mohring.

Scheitert die Verwaltungsreform an Rot-Rot-Grün?



CDU: Landesverwaltungsamt zu leistungsstarker Bündelungsbehörde ausbauen

Das Landesverwaltungsamt in Weimar droht zerschlagen zu werden.

Die CDU-Fraktion hat Rot-Rot-Grün davor gewarnt, in Thüringen neue, auf die Ministerien der Landesregierung ausgerichtete Sonderbehörden zu schaffen und das Landesverwaltungsamt in Weimar zu zerschlagen. Hintergrund sind Zeitungsberichte über entsprechende Planungen in mehreren Ministerien. Die CDU setzt stattdessen auf den Ausbau des Landesverwaltungsamts zu einer leistungsstarken Bündelungsbehörde, die Gemeinden, Städte und Landkreise wirksam ent-

lastet. „Es ist völlig unsinnig, eine funktionierende Behörde durch mehrere neue zu ersetzen. Abgesehen von den sicheren Mehrkosten geht damit auch der Vorteil verloren, das geballte Wissen der Verwaltung unter einem Dach zu haben“, sagte der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Wolfgang Fiedler. Der Innenpolitiker ist davon überzeugt, dass keine große Gebietsreform in Thüringen erforderlich ist, wenn die Weimarer Behörde den Kommunen hochspezialisierte Aufgaben abnimmt.

Impressum

Herausgeber: CDU-Fraktion im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt
Telefon: 0361 / 3772-206
Fax: 0361 / 3772-520

Internet: www.cdu-landtag.de
E-Mail: pressestelle@cdu-landtag.de
Text & Fotoauswahl: Dr. Karl-Eckhard Hahn
Felix Voigt
Satz & Gestaltung: Leography.com